

# P R E S S E D I E N S T

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 13 - Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch  
ausländische Mitbürger - erklärt der Abgeordnete  
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
**Rainer Steenblock:**

Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
Claudia Jacob

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 271.00 / 16.11.2000**

Grüne

## Nur wer mitgestaltet, kann Identifikation entwickeln

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Gestaltung von Einwanderung gehört zu den zentralen politischen Fragen der nächsten Jahre. Wer über Einwanderung redet, der spricht über die Zukunft Deutschlands.

Jahrelang sperrten sich CDU/CSU, aber auch Teile der SPD und der FDP wider besseren Wissens gegen eine Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. Dieser inhaltliche Widerstand ist eine zentrale Ursache für die vielen Schwierigkeiten die es im Zusammenleben zwischen Menschen mit unterschiedlichen Herkünften derzeit in Deutschland immer noch gibt.

Von Zuwanderung zu reden und Abschottung zu signalisieren ist die Politik von CDU und CSU. Der in ihrem Einwanderungspapier hochgehaltene Begriff der Leitkultur setzt andere Kulturen herab. Das Grundgesetz kennt keine Leitkultur, sondern setzt im Gegenteil auf Toleranz, gleiche Rechte und Pflichten für alle, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes leben. Das Grundgesetz garantiert die kulturelle Freiheit aller hier Lebenden. Die damit verbundene kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung der Bundesrepublik.

Neben der notwendigen aktuellen Debatte über wirtschaftlich begründete Einwanderung, darf die Einwanderung aus humanitären Gründen, die Gewährung von Asyl und der Nachzug von Familienmitgliedern nicht aus dem Blick der politisch Verantwortlichen geraten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen zum Grundrecht auf Asyl.

*BÜNDNIS 90*  
DIE GRÜNEN

Wie schon die Anwerbepolitik der Vergangenheit konzentriert sich die aktuelle Debatte in viel zu starkem Maße auf die Frage, wer kommen soll. Ohne jedoch auch die Frage zu beantworten, wer unter welchen Bedingungen bleiben soll, kann gesellschaftliche Integration nicht gelingen.

Integration wird derzeit viel zu sehr als Assimilation an eine - fiktive - deutsche Einheitskultur debattiert, an einen - gleichermaßen fiktiven - Einheitsdeutschen. Aber "den Deutschen", an dem sich die Integrationsleistungen von MigrantInnen messen lassen müssten, gibt es nicht: Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existieren - und dies gilt keineswegs nur mit Blick auf ethnische Unterschiede. Integration kann und darf daher nicht Assimilierung bedeuten, sondern meint den beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens.

Gute Sprachkenntnisse sind dabei eine Schlüsselqualifikation für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, für den schulischen und beruflichen Erfolg. Wer Einwanderung gestalten will, muss vom Kindergarten bis zu den Universitäten den Erwerb dieser Qualifikationen betreiben. Die Investition in Sprachkenntnisse ist eine Investition in gesellschaftliche Integration.

Eine gute Bildung, Ausbildung oder beruflicher Erfolg allein garantiert jedoch nicht eine hohe Identifikation mit dem Lebensmittelpunkt, bedeutet noch nicht eine staatsbürgerliche Integration oder tatsächliche gesellschaftliche Teilhabe. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, kann Identifikation entwickeln, deshalb setzt Integration, deshalb setzt Einwanderung zwingend Teilhabe voraus: an Bildung, am gesellschaftlichen Leben und an der Gestaltung des Gemeinwesens.

\*\*\*